



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

Sascha Herr (fraktionslos)

Priorisierung, Verfahrensdauer und strategische Steuerung bei PFAS-Belastungen in Hessen – Konkretisierung der bisherigen Praxis

Vorbemerkung Fragesteller:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 21/4056 führt die Landesregierung aus, dass die Bearbeitung von PFAS-Verdachtsstandorten „anlassbezogen“ erfolgt, keine allgemeinen zeitlichen Zielvorgaben existieren und strategische Maßnahmen derzeit maßgeblich von Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene abhängen.

Angesichts der besonderen Persistenz von PFAS sowie der potenziellen Gefährdung von Grund- und Trinkwasser stellt sich die Frage, nach welchen konkreten Maßstäben Prioritäten gesetzt, Verfahren gesteuert und landesweite Handlungsansätze entwickelt werden. Insbesondere bleibt offen, wie die bestehende Praxis operationalisiert wird und inwieweit eigenständige Steuerungsinstrumente auf Landesebene existieren oder geplant sind.

Ich frage die Landesregierung:

- 1) Welche konkreten Anlässe im Sinne der „anlassbezogenen“ Bearbeitung führen zur Priorisierung eines PFAS-Verdachtsstandortes und wer definiert diese im Einzelfall?
- 2) Wie lange dauern Untersuchungs-, Bewertungs- und Sanierungsverfahren bei PFAS-Belastungen in Hessen aktuell durchschnittlich (bitte aufschlüsseln nach Verfahrensphase sowie Spannbreiten der Dauer)?
- 3) Welche internen fachlichen Kriterien oder Entscheidungsmaßstäbe werden derzeit angewendet, um die Dringlichkeit von Maßnahmen bei PFAS-Belastungen zu bewerten, sofern keine landesweite Prioritätenmatrix existiert?
- 4) In welchen Punkten wurde die bestehende hessische Gesamtstrategie zur Altlastenbearbeitung seit 1998 im Hinblick auf PFAS-spezifische Anforderungen angepasst oder fortentwickelt?
- 5) Welche konkreten Initiativen, Vorschläge oder Beiträge hat das Land Hessen bislang in die laufenden Abstimmungsprozesse auf europäischer, nationaler oder Länderebene zur strategischen Steuerung der PFAS-Problematik eingebracht?
- 6) Welche Maßnahmen plant die Landesregierung unabhängig von externen Abstimmungsprozessen, um kurzfristig eine eigenständige und landesweit einheitliche Steuerung des Umgangs mit PFAS-Belastungen zu gewährleisten?

Wiesbaden, 31. Juli 2026

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized 'S' followed by a horizontal line and a small flourish.

(Sascha Herr)